

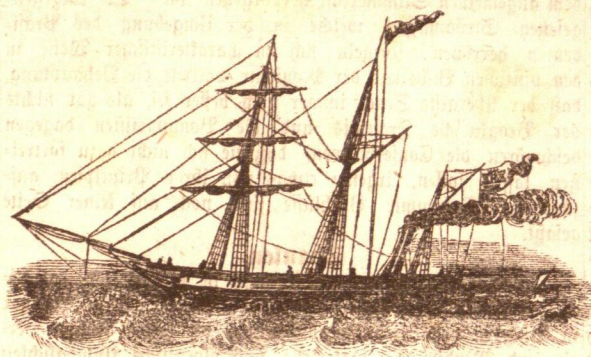
Niemeler Dampfboot.

№ 38.

Sonntag,

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme
der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando 3 Mark,
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten
3 1/2 Mark.
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



1875.

den 14. Februar.

Anzeigen werden für den Raum
einer Corpus-Spaltheile von Abonnenten
mit 15 R.-Pf., von Nicht-Abonnenten
und Auswärtigen mit 20 R.-Pf. berechnet.
Reclamen pro 1-spaltige Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer be-
stimmt, sind spätestens bis Nachmittag
2 Uhr einzuliefern.
Belag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

Donnerstag, den 18. Februar, Nachm. 4 Uhr, Sitzung der Stadtverordneten.

Zum Vortrage kommen: Revisions-Protokolle der
Städtischen Kassen; Antrag des hiesigen Kreistags um Auf-
hebung des Jahrmärts; Antrag des Magistrats zu constati-
ren, daß die Einnahmen der hiesigen reformierten Kirchen-
Armen-Kasse rein kirchlichen Charakters sind; Einladung des
Schulinspectors Herrn Dr. Hinz zu den Prüfungen in
den Städtischen Mittel- und Elementar-Schulen. Wahl der
Mitglieder zu der Communalsteuer-Reclamations-Commission.

Tages-Chronik.

Den 15. Vorm. 10 Uhr, Generalversammlung der
Corporation der Kaufmannschaft; Nachm. 4 Uhr, im Schützen-
hause Submision wegen Erbauung eines Orchesters im
Schützengarten; Abends 8 Uhr, Versammlung des nautischen
Vereins; 8 1/4 Uhr, Versammlung des Handwerker-Vereins.

Gezereien zwischen Deutschland und Rußland.

Die ultramontanen Schund- und Schandblätter, Vayri-
sches und Wiener „Vaterland“, „Dziennik Poznański“, der
Französische „Univers“ und andere, gefallen sich jetzt darin,
das Kriegsgespinnst recht schauerlich an die Wand zu malen in
Gestalt eines vor der Thüre lauernden Deutsch-Rußischen Kriegs.
Sie müssen irgend woher die Parole hierzu empfangen haben,
sonst gesehe es nicht so gleichmäßig und gleichartig in der Presse
und von der Tribune; denn immer noch ist uns das peinliche
Aufsehen im Gedächtnis, welches die neuerliche Äußerung
eines der unaussprechlichen Polnisch-ultramontanen Reichstags-
abgeordneten hervorgebracht hat, es bleibe den Polen, verleihe
sich auch den Ultramontanen, nichts weiter übrig als den Blick
nach Osten zu richten, von woher allein noch Hilfe und Heil
zu erwarten sei. Daß die Polen oder die Ultramontanen
irgend welche Stütze von Rußland zu erwarten hätten, läßt
sich nicht gut annehmen; so lehren uns die Erfahrungen der
Neuzeit, nach welchen sich weder Polen noch Ultramontane sonderer
Sympathie seitens der Russischen Regierung zu erfreuen haben.
Besonders was die Ultramontanen betrifft, wissen wir, daß die
Russische Regierung mit aller Entschiedenheit den Römischen
Herrschergelüsten entgegenarbeitet und wie es scheint, auch mit
mehr Glück als wir, indem nach Regierungsberichten eine sehr
große Zahl Römisch-katholischer Gemeinden zur herrschenden
Kirche übergetreten sein sollen. Wenn also Polen und Ultra-
montane Hilfe von Rußland aus erwarten, so meinen Sie
nicht direkte Hilfe, sondern indirekte durch einen Krieg zwischen
den beiden mächtigsten Staaten der Welt, wodurch dieselben
sich gegenseitig schwächen und mittelbar den ultramontanen Be-
strebungen in die Hände arbeiten sollen.

Alles nur Mögliche und Unmögliche, Dichtung und
Wahrheit wird hervorgehoben, um theils als Heilmittel gegen
Deutschland verwandt, theils als Vorboten des Krieges ge-
deutet zu werden. So zunächst die so starr und steif fest-
gehaltene Grenzperre, welche trotz der lebhaftesten Agitationen,
Petitionen und Machinationen auch nicht im geringsten ge-
lockert worden ist. Dieses soll, wie gesagt wird, dazu dienen,
einertheils Deutsches Wesen und Deutsche Einwanderung fern
zu halten, andertheils durch fortwährende Placereien häufige
diplomatische Erörterungen herbeizuführen, die ohne eine ge-
wisse Mißstimmung bis in die höchsten Kreise zu tragen und
ohne auffällige Erkaltung in die freundschaftlichsten Beziehungen
zu bringen, niemals abgehen. Unangenehm sind diese
Placereien allerdings, weniger für den politischen wie für
den geschäftlichen und geselligen Verkehr; allein daß diese
mehr als bisweilen einen kleinen Krieg zwischen Schmuggler
und Grenzsoldaten herbeizuführen könnten, ist schwer glaublich.

Nun können freilich gegen alle diese schwarzseherischen
Kriegsprophezeiungen die persönlichen Freundschaftsbeziehungen
zwischen dem Czaren und Kaiser Wilhelm geltend gemacht
werden, in gleichen auch die politischen Abmachungen auf den
Dreikaiserzusammenkünften, von denen doch Manches über
freundnachbarliche Beziehungen in die Öffentlichkeit gedrungen
ist. Da werden denn andere Muthen und Truggebilde
aus dem Reiche der Volkssage hervorgezogen und als An-
zeichen ferner Kriegsdrohung hingestellt — die deutschfeindliche
Gesinnung des Thronfolgers. Aus der Rumpelkammer ver-
gangener und vergessener politischer Mythen wird eine Äußerung
des Thronfolgers an's Licht gebracht, von der es überhaupt zweifel-
haft ist, ob er sie jemals gethan, und wenn auch, ob in
dieser Weise gethan, dahin lautend: „Meine Vorfahren be-
freiten Rußland von den Tartaren, mein Vater von der
Leibeigenschaft, ich aber werde Rußland von den Deutschen

befreien“. Wir halten die Mythe von der deutschfeindlichen
Gesinnung des Russischen Thronfolgers für eine Erfindung
einer panslawistischen Partei, die sich längst überlebt hat und
selbst kaum mehr denn als Mythe im Gedächtnisse der politi-
schen Welt fortlebt. Aber angenommen es sei dies keine
Mythe, so weiß doch ein jeder einsichtige welt- und geschichts-
kundige Politiker, daß die thatsächlichen Verhältnisse und Be-
ziehungen der Staaten viel mächtiger sind als Könige und
Kaiser, geschweige denn als Thronfolger.

Vor Allem aber wird als Vorzeichen und Motiv zu dem
künftigen Kriege „das beleidigte Nationalgefühl eines großen
Volkes“ und dessen Selbsterhaltungstrieb, sowie die schon öfters
zu Tage getretenen Bestrebungen der Russen „die Last der ihnen
aufgebürdeten Deutschen Regierungen abzuschütteln“ hingestellt.
Der Sturm, — heißt es weiter in dem betreffenden Artikel,
der vom Wiener „Vaterland“ aus, seinen Weg in die gesamte
ultramontane Presse gefunden hat, — drohe jeden Augenblick
loszubrechen. Langverhaltener Grimm wolle sich Bahn er-
zwingen und „das Schicksal scheine es zu wollen“, daß ein
halbiger Regierungswechsel eintrete, um die Macht und den
Einfluß der Deutschen zu brechen. Diese tauchten sich gelegent-
lich wohl Russisch um aber „hängen wie Ketten aneinander“,
wenn es sich um Schädigung der echten Russen handle. Sie
verstünden es, alle einflussreichen Stellen in den Saß zu
stecken. Zu den „Sinecuren“ in den wissenschaftlichen Anstalten
gelange kein echter Russe mehr. In der Akademie der Wissen-
schaften treffe man nur auf Deutsche. Man habe immer zu
kämpfen gegen „Preussische Abenteurer, die sich auf Russische
Lehrstühle drängen“. Abenteurer auf Lehrstühlen,
sonderbare Schwärmerie. — Ganze Eisenbahnstrecken, ferner
ständen unter Preussischen Ingenieuren und Verkehrsbeamten.
Es gäbe keinen einzigen Russischen Apotheker im Lande, und
die Russischen Patienten müßten sich — schrecklich anzuhören!
— Deutsch curiren lassen. Daher komme denn auch der neu-
liche Russische Kulturkrawall auf der medicinischen Akademie
und der Haß der Studentenschaft gegen „den Preussischen Juden
Zion“. Merkwürdigerweise ist aber eben dieser Jude Zion
keines Stodrupenthums und seiner freisinnigen Gesinnung
wegen bei den Studenten verhaßt. — Habe doch der aller-
mächtige verdienstvolle Professor Gräber schon einmal sich
nur dadurch vor dem jungen Rußland retten können, daß er
nachweisen konnte, er sei kein Preuße, sondern heiße Wenzel
und stamme aus Prag!

Das Alles scheint auf den ersten Blick nicht mehr eine Pro-
neid-Lamentation und zwar eine sehr klägliche zu sein, allein
sieht man die Methode und die Haft, womit die ultramontanen
Organe sich der Sache bemächtigen, so erkennt man sofort, es
ist dieses eine geplante Sez-Epistel, wodurch zwei benachbarte
und befreundete Nationen, die in ihrem Handels-Wissen-
schafts- und Lebensverkehr auf einander angewiesen sind, gegen
einander in Haß aufgestachelt werden sollen, und zwar was
das schlimmste ist von einem beiderseitigen Feinde, der nichts
sehnlicher wünscht und will, als daß sie sich gegenseitig zer-
fleischen, um ungestörter sein eigenes selbststüchtiges Gellüste
verfolgen zu können.

Ein Krieg Preußens und Rußlands liegt nach unserem
Dafürhalten außerhalb des Bereiches aller nächsten Kriegs-
besürchtungen. Rußland hat nach uns hin sich deshalb so fest
abgeschlossen, um anzuzeigen, daß es nach dieser Seite gar
nicht zu Hause, sondern auf der Wankerschaft immer weiter
nach Osten begriffen sei. Der politische Zug jenseits des
Grenzgebirges geht unaufhaltsam nach Osten, aber diesseits
der Grenzgebirge sehen wir die Strömung mehr nach Westen
hinneigend. Nun ist freilich die Erde eine Kugel; auch ver-
möge dieser entgegengesetzten Strömung müssen Völker sich ent-
weder begegnen und vielleicht aufeinander plagen; möglicherweise
ist das nun auch über über kurz oder lang der Fall —
zwischen Rußland und England, aber nicht zwischen Rußland
und Deutschland.

Deutsches Reich.

△ Berlin, 11. Februar. Die heute von der „Ger-
mania“ veröffentlichte Kollektivklärung des gesamten Deut-
schen Episkopats gegen die bekannte Papstwahldepesche des
Fürsten Bismarck beschränkt sich im Wesentlichen auf eine
Definition der vatikanischen Beschlüsse, die nach der Meinung
der Kirchenfürsten vom Reichskanzler gänzlich falsch verstanden
worden. In eine Polemik über diesen Gegenstand nochmals
einzutreten, wird wohl nur Wenigen ersprißlich scheinen, wenn
man sieht, daß die bischöflichen Deputationen sich auf einem
gänzlich anderen Boden bewegen, als die auf staatlicher Seite
maßgebenden Argumente. Der Widerspruch der Bischöfe ge-

gen die Behauptung, daß der Römische Papst durch das
Vatikanum zu einem absoluten Herrscher der Kirche geworden,
stützt auf der eigenthümlichen Voraussetzung, daß die Kirchen-
verfassung ebenso wohl wie der Episkopat auf göttlicher An-
ordnung beruhe und von keinem Papste abzuändern sei. Es
wird kaum einer tieferen geschichtlichen Untersuchung bedürfen,
um nachzuweisen, wie die Päpste im Laufe der Jahrhunderte
nach Gutdünken mit den Einrichtungen der Kirche gehandelt
haben, auch wenn sich dafür in den meisten Fällen
eine Interpretation des kanonischen Rechts finden ließ. Den
Streit über die durch das Vatikanum hervorgerufene Un-
selbständigkeit der Bischöfe verlegen die Letzteren auf das
subjektive Gebiet, während der Reichskanzler an die objektiven
Merkmale der neuen Situation anknüpft. Die Bischöfe be-
haupten, daß der Befehl des Obern sie nicht von der eigen-
nen Verantwortlichkeit entbinde, während der Schwerpunkt
der ganzen Frage in dem Umstande liegt, daß die neue Macht-
vollkommenheit des Papstes jeden wirksamen Widerspruch des
Untergebenen ausschließt. Das ganze Schriftstück soll weniger
dazu dienen, den vom Fürsten Bismarck in Bezug auf die
künftige Papstwahl entwickelten politischen Gedanken entgegen-
zutreten, als seine angeblich falschen Anschauungen über die
Lehre der katholischen Kirche zu berichtigen. Unter den Un-
terschriften fehlen diejenigen des Grafen Ledochowski und des
Bischofs von Metz.

* Die Idee, eine eigene Provinz Berlin zu bilden, und der
dem Landtage in Betreff dieser Angelegenheit vorgelegte Ent-
wurf erfahren von Seiten Berliner Bürger sowohl, als sol-
cher der umliegenden Ortschaften in zu diesem Zweck zusammen-
berufenen Versammlungen nicht immer günstige Beurtheilung.
Dem gegenüber ist es angezeigt, nochmals die Gründe hervor-
zuheben, welche für das Projekt maßgebend gewesen sind.
In den Motiven zu dem Gesetzentwurf heißt es, daß die
Neubildung den Vortheil darbiete, die schon so schwierige
Stadtverwaltung von Berlin nicht durch Einverleibung neuer
Stadttheile noch mehr zu erschweren und außerdem die De-
centralisation der Stadtverwaltung zu fördern. Auf den letz-
ten Umstand muß das Hauptgewicht gelegt werden, er ist
das eigentlich bestimmende Moment für den Gesetzentwurf
gewesen. Niemals aber konnte ein günstiger Augenblick
zur Einleitung einer solchen Maßregel gefunden werden als
jetzt, wo die gesamte Staatsverwaltung einer vollständigen
Umwandlung unterliegt und zur Selbstverwaltung übergeht.
Schon früher war die Stadt Berlin nebst Charlottenburg
eine Zeit lang von dem Potsdamer Regierungsbezirk getrennt
und bildete einen eigenen Verwaltungsbezirk. Da aber in
jener Zeit diese Formirung zu Unzulänglichkeiten und Reibungen
zwischen den konkurirenden Behörden führte, mußte man die
Organisation wieder aufheben. Die frühere Organisation
krankte daran, daß sie bei allem Mangel an Selbstverwaltung
nur einen administrativen Werth hatte und sich in keiner
Weise an die lokalen Erfordernisse anschloß. Jetzt aber, da
das Prinzip der Selbstverwaltung im ganzen Staate prak-
tisch eingeführt werden soll, würde es nur zu den größten
Unzulänglichkeiten führen, wenn man ein so großes hoch ent-
wickeltes Gemeinwesen einer Provinzialvertretung unterwerfen
wollte, welche an Bedeutung weit hinter ihm zurücksteht und
in politischer und wirtschaftlicher Beziehung ganz andere
Aufgaben zu verfolgen hat.

* „Die Volkskraft Deutschlands und Frankreichs“ ist der
Titel einer kleinen Broschüre, welche Hr. v. Firds, Mit-
glied des Königlich Preussischen statistischen Bureaus, soeben
veröffentlicht. Der Verfasser, welcher sich schon durch seine
Statistik der Offensiv- und Defensivmacht aller continentalen
Staaten einen Namen gemacht hat, kommt in seiner neuesten
Schrift zu dem Resultat, daß die Bevölkerungen Frankreichs
und Preußens bei gleicher Fortbewegung nach 20 Jahren
numerisch gleich sein werden. Schon seit längerer Zeit ist
selbst von Französischen Statistikern konstatiert worden, daß
Frankreichs Bevölkerung unter allen Europäischen Staaten sich
am wenigsten vermehre, in den letzten Jahren hat sich aber
sogar eine Verminderung herausgestellt. In überzeugender
Weise weist Firds nach, daß unter denselben Verhältnissen
Deutschland nach 30 Jahren, immer von 1872 an gerechnet,
(1902) genau doppelt so viele Einwohner, als das ziemlich
eben so große Frankreich haben werde. Bei den Hoffnungen,
welche Frankreich auf einen Nachkrieg setzt, ist es jedenfalls
verdienstlich die Franzosen an der Hand von Zahlen aus ge-
wissen Illusionen herauszureißen, in denen sie sich bezüglich
ihrer Vertheiligungskraft bewegen.

Weimar, 10. Februar. Wie es scheint, legt die
Social-Demokratie ein besonderes Gewicht darauf, in Eisenach

sich eine Stätte für agitatorische Zwecke zu sichern. In den letzten Tagen sind hieselbst zahlreiche Parteiführer von außerhalb eingetroffen und in einer für gestern Abend anberaumten Volksversammlung wurden nicht weniger als 16 dieser Herren von außerhalb erwartet, darunter Herr Hasselmann und einige andere Mitglieder seiner Partei, des Deutschen Allgemeinen Arbeiter-Vereins. Bisher war Eisenach eine Domäne der Fraktion Vebel-Liebnecht. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Anwesenheit jener mit den Bestrebungen auf Verschmelzung beider Gruppen im Zusammenhang zu bringen sein dürfte.

Meß, 7. Februar. Die gemeldete Beschlagnahme des Hirtenbriefes des Bischofs von Meß ist durch den Bezirkspräsidenten v. Puttkammer nach Angabe clericaler Blätter wegen der folgenden auf Frankreich gezielten Stelle erfolgt: „Der Hohepriester Onias betet nach seinem Tode für sein gedrücktes Volk und beutet auf Jeremias hin, sprechen; „Sehet da Denjenigen, der seine Brüder liebt und das Volk Israel; er ist's, der viel betet für das Volk und die ganze heilige Stadt.“ „Es ist gewiß,“ sagt der Bischof, „für uns ein hoher Trost, wenn der Herr uns unsere Vorgänger im Himmel zeigt, die vor Ihm knien und für ihr Vaterland beteten, und den Interessen ihrer Brüder auf Erden nicht fremd blieben.“ Dies ist, wo nicht wörtlich, doch der kurze treue Sinn des Passus. Herr v. Puttkammer theilte dem Bischof mit, er werde, wenn er die angelobte Stelle sortgelassen haben wird, der Versendung nichts in den Weg legen. Der Bischof antwortete wie folgt: „Mit peinlichem Staunen habe ich, Herr Präsident, das an mich gerichtete Schreiben gelesen. In Wirklichkeit hatte ich keineswegs die Absicht, auf Ereignisse hinzuweisen, die vollendet sind. In rechtlicher Hinsicht erkenne ich nur dem Papste die Gewalt zu, meine bischöflichen Verordnungen seinem Urtheile zu unterziehen, und muß somit eine solche Befugniß jeder weltlichen Behörde, sie mag sein, welche sie wolle versagen.“

Oesterreich.
Wien, 9. Februar. Heute ergriff der Finanzminister Ghyzen das Wort. Er entwickelte in einer zweieinhalbstündigen Rede das ausführliche Programm der Regierung, reflektirte eingehend auf die gemachten Vorschläge und schloß unter minutenlangem Applaus der Deputirten mit der Bitte, daß der Reichstag endlich eine Entscheidung auf die eine oder die andere Weise treffen möge. Redner fragt Sennegey ob er denn wirklich glaube, daß alle jene zahlreichen Reformvorschläge, welche er beantragte, auch wirklich sofort durchführbar seien. Wenn Sennegey es versuchen wollte, all' dies sofort durchzuführen, würde Redner ihm rathen, dies nicht zu thun; denn, um nur ein Beispiel anzuführen, würde die Administration in die größte Verwirrung kommen, wenn dieselbe urplötzlich umgestaltet werden sollte. Der von der Regierung vorgeschlagene Modus zur Regelung des Staats-Haushaltes sei der einzig zweckentsprechende. Die meisten gemachten Reformanträge acceptirte auch er, nur müsse das ungedeckte Deficit von nun an jedenfalls mit Steuer-Einnahmen gedeckt werden; sonst, wenn wir, wie dies die äußerste Linke so gerne behauptet, declariren, daß wir unseren Verpflichtungen nichts nachkommen können, sind alle Opfer, welche die Nation seit Mohacs für die staatliche Selbstständigkeit gebracht, verloren und es werden sich dessen vielleicht Viele in Oesterreich und auch bei uns freuen, denen die jetzige Stellung Ungarns nicht recht ist. Die Regierung habe ein solides Programm, denn sie will nicht Reformpläne unter der deprimirenden Preßion eines unregelmäßigen Staatshaushalts durchführen. Er könne aber mit Zahlen beweisen, daß die Finanzlage, wenn die Vorschläge der Regierung angenommen werden, in der Zukunft keine hoffnungslose sein werde. Die Enunciation Lissa's halte er für hochwichtig, und er begrüßt ihn auf dem Wege, welchen Redner schon früher betreten; nur bedauere er, daß Lissa damit die Ablehnung der Budgetvorlage verbunden. Schließlich ersucht er um die Erlaubniß, von seiner eigenen Person sprechen zu dürfen. Ihm könne man gewiß nicht den Vorwurf machen, daß er nach der Stelle des Finanzministers gestrebt habe. Er wollte sich völlig ins Privatleben zurückziehen, da wurde er aufgefordert, zu helfen, und nachdem er gesehen, daß die Gefahr außerordentlich und schon Niemand das Finanz-Portefeuille übernehmen wollte, weil Jeder fürchtete, nicht entsprechen zu können, übernahm er das Portefeuille in dem Bewußtsein, daß er von allen Seiten heftig angegriffen würde, da er die Steuererhöhungen für unausbleiblich hielt; er übernahm es in dem Bewußtsein, seine langjährige Popularität völlig zu verlieren, nur um womöglich zu helfen. Er habe nie geäußert, daß er der einzige Retter des Landes sei, und wenn heute Lissa bitter sage, er habe sich getäuscht, so sei dies nur ein Beweis von schlechter Urtheilskraft. Als die Regierung an das Ruder kam, mußte man, daß die Finanzen unregelmäßig seien; das dachte man aber dennoch nicht, daß fünf Wochen später kein Geld vorhanden sein werde. Er habe dahin gestrebt, daß die Zahlungsunfähigkeit des Staates nicht eintreten möge; so nutzlos sei also seine Thätigkeit doch nicht gewesen, wie Lissa behauptete, und wenn man ihn dennoch so heftig persönlich angegriffen, möge das Haus erlauben, daß er hierauf gar nichts antworte. Wenn andere Männer einen anderen Weg zur Regelung des Staatshaushalts wissen, als den, welcher er vorschläge, obwohl er dies nicht glaube, so möge doch ehestens gewählt und die Entscheidung getroffen werden. Er erklärt, an seinen Vorschlägen festzuhalten und gar keine anderen zu machen, und ersucht das Haus, die Budgetvorlage als Grundlage für die Spezial-Debatte anzunehmen. — Es sind noch viele Redner vorgemerkt, und dürfte die Abstimmung kaum vor Freitag oder Sonnabend erfolgen.

Frankreich.
Paris, 10. Februar. Die Senatsfrage tritt ganz in den Vordergrund des Interesses: auf der Linken hält man mehr und mehr darauf, daß das allgemeine Stimmrecht den Senat wähle; im rechten Centrum dagegen ist man für die

Wahl durch die Generalräthe und will dem Präsidenten der Republik das Recht geben, ein Drittel der Senatoren zu ernennen. Auf das Letztere wird sich die Linke kaum jemals einlassen, die Legitimisten eben so wenig; man glaubt daher, daß zwischen der Linken und einem kleinen Theil des rechten Centrums eine Einigung zu Stande kommen werde auf Grund des Vorschlags, daß der Senat durch indirekte Wahlen aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgehen soll. Die entgegengelegten Strömungen, welche in der Umgebung des Präsidenten herrschen, spiegeln sich in charakteristischer Weise in den officiellen Blättern: der Moniteur vertritt die Behauptung, daß der liberalste Senat immer noch besser sei, als gar nichts der Proglische Français und die Bonapartisten dagegen beschwören die Conservativen, daß sie sich nicht dazu fortzwingen lassen sollen, irgend etwas von ihren Principien aufzugeben. Bestimmte Beschlüsse sind noch auf keiner Seite gefaßt.

Spanien.
Die Epoka schreibt: „Wie man in Briefen von carlistischer Seite liest, haben, wie es scheint, in der am 25. Januar in Bergara gehaltenen Zusammenkunft die beiden Führer Verrix und Mendiri die materielle und moralische Unmöglichkeit den nun gut disciplinirten und gut geführten liberalen Truppen noch längeren Widerstand zu leisten, und es als geboten durchblicken lassen ein Abkommen zu treffen, dessen Ergebnis der Friede wäre.“ Nach demselben Blatt ist Bizarraga nun in Marseille angelangt. — Bekannt ist, daß sich die Carlisten neuerdings einen Sieg bei Vacar und Lorca zugesprochen haben; auch die amtliche Madrider Gazeta constatirt eine „kleine Schlacht.“ In Folge dieses Sieges hat Don Carlos unter dem 5. d. M. folgenden Tagesbefehl erlassen: „Freiwillige, Euer Heldenthum hat vollständig meinen Hoffnungen entsprochen. Die Blusfelder von Vacar und Lorca beugen den von uns am 3. Februar davongetragenen Sieg, dem ich mit pochendem Herzen bewohnte, aber trotzdem von dem Vertrauen befehlt war, das Euer Heldenthum mir beständig eingefloßt. Der Feind konnte uns, trotz seiner numerischen Ueberlegenheit nicht aus unseren Stellungen vertreiben und wollte uns von der Planke aus überraschen. Er glaubte schon seines Sieges sicher zu sein, als Ihr in letzter Stunde herbeieilte, und von Neuem beleugte, daß Euren Bayonetten nichts widerstehen kann und Niemand ungestraft den heiligen Boden betreten und profaniren darf, der von unserem Schwerte und Blute getränkt ist. In den Ebenen seid Ihr über den Feind wie Fließbäche hergefallen. Bald werden wir denselben bis in die Ebene von Kasilien verfolgen und dort werden wir wie hier siegen, denn unser Herrgott ist mit uns. Der Segen des christlichen Spaniens begleitet uns. Ich danke Euch, tapfere Freiwillige, für Eure glänzende Haltung am 3. Februar. Ich sende ebenfalls meinen Dank den Generalen, Hauptleuten und Offizieren, die an diesem Tag an der Schlacht Theil genommen. Meine Zufriedenheit ist eine vollständige, denn ich habe in Eurer Mitte einen Prinzen meines Hauses, den Bruder Eurer vielgeliebten Königin, kämpfen sehen, der Einer der Ersten war, die unter dem Feuer der Verteidiger von Vacar in diese Festung eingebrungen und einer Eurer Kameraden ist. Freiwillige! Mit Gottes Hülfe und Eurer heldenmüthigen Auffassung werden wir den Feind bis zum Tage unseres Einzugs in Madrid besiegen. Wenn ihr alsdann an Euren häuslichen Herd zurückkehrt, könnt Ihr von Euren Heldenthaten erzählen und mit Stolz sagen: „Auch ich war Sieger vor Vacars Thoren.“ Danken wir Gott für diesen neuen Sieg, den er uns geschenkt, und beten wir mit Inbrunst für die, die in edlem Kampfe gefallen sind. Freiwillige! Habt Vertrauen in Eure Chefs, denn sie sind Eurer würdig. Lebt den Verleumdungen unserer Feinde kein Ohr, die Euch von Verrath und Verrath sprechen, denn ich werde niemals mit der Revolution pactiren. Auf dem Felde der Ehre ist der Verrath unmöglich. Vorwärts, Freiwillige, denn Euer König wacht für Alle und über Alles.“

Neueste Nachrichten.
Berlin, 11. Februar. Von der Wiener A. Z. Fr. wird die Schrift des Erzherzogs Johann Nepomuk eben so scharf verurtheilt wie von den Deutschen Blättern. Die Nordd. Allg. Ztg. hört, es sei nicht der erste publicistische Versuch, welcher von dem Prinzen ausgehe oder unter seinem Namen gemacht sei. Ein Angriff auf seinen Vorgefahren (Grasen N.) habe seine Verletzung nach Temesvar zur Folge gehabt. Uebrigens sei der Erzherzog erst 22 Jahre alt und habe sich bei Abfassung der Schrift vielleicht fremder Hülfe bedient.

Die Provincial-Correspondenz sagt, es sei erfreulich, daß die Vorlagen der Regierung über innere Reformen von vornherein den Beifall der Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu finden schienen. Die Aussichten für das Gelingen hätten niemals so günstig gestanden wie gerade jetzt. Das halbamtliche Blatt scheint dafür zu sein, die Reformen sofort auf die ganze Monarchie auszudehnen, da das Hinausschieben in's nächste Jahr eine Verzögerung auf unabsehbare Zeiten zur Folge haben könnte. Der Minister des Innern hatte in seiner Rede empfohlen, die Frage des Mann und Wie der Ausdehnung der Reformen auf Rheinland und Westfalen der Regierung zu überlassen.

Wien, 11. Februar. Im Proceß Ofenheim wurden die Verhandlungen heute mit Vernehmung der Sachverständigen wieder aufgenommen. Der Director der Nordbahn, Füllinger, deponirte, er finde die abgeschlossenen Verträge der ertheilten Concession entsprechend, eine Begünstigung des Bauunternehmers aus den Pauerträgen sei nicht ersichtlich. Die Grundbeinlösung sei vertragsmäßig durchgeführt und aus der Wahl der Bahntrasse könne nicht darauf geschlossen werden, daß man billig habe bauen wollen. Ebenso wenig könne aus der Anzahl der Bahnconstructionen und aus den stattgehabten Verkehrsstörungen irgend welche Unsolidität des Baues ent-

nommen werden und auch die für Erhaltung der Bahn verausgabten Kosten seien nicht übermäßig gewesen. Im Interesse der Bahngeiellshaft habe es jedoch nicht gelegen, die Haftpflicht des Bauunternehmers für den Damm von Wihuczany auf nur zwei Monate zu beschränken. Den Fahrpart halte er für genügend, das Collaudations-Protokoll enthalte Ueberreibungen. Der zweite Sachverständige Hellweg gab im großen Ganzen sein Gutachten in der nämlichen Weise ab, hielt indeß die für Erhaltung der Bahn aufgewendeten Kosten für zu hoch. Nach der Ansicht dieses Sachverständigen hat Draxsen bei der ersten Linie 5 Procent, bei der zweiten aber gar nichts verdient.

In hocharistokratischen Antideutschen Kreisen geben sich Sympathien für Erzherzog Johann Salvator kund: scharfe Kritik von Graf Andrássy's Gesamtspolitik wird nächstens Gegenstand einer Brochure aus diesem Lager sein.

Pest, 11. Februar. Nachdem die Generaldebatte über das Budget heute im Unterhause mit einer längeren Rede Lissa's zum Abchlusse gelangte, in welcher er erklärte, daß er an seinen früheren Ausführungen nichts zu ändern und denselben nichts hinzuzufügen habe, stimmte die ganze compacte Majorität des Hauses für Annahme der Budgetvorlage. Der Ministerpräsident Witto ersuchte darauf das Haus, die Verhandlungen zu vertagen, da die Regierung über die veränderte Situation Bericht an die Krone erstatten wolle. Der Ministerpräsident wird zu diesem Zwecke noch heute nach Wien abreisen.

Gutem Vernehmen nach ist behufs Bildung eines neuen Ministeriums, wie irrthümlich nach Auswärts gemeldet wurde, bisher kein Schritt geschehen. Thatsache ist nur, daß sich Ministerpräsident Witto unverzüglich nach Wien begibt, um dem Kaiser Bericht zu erstatten und zugleich unter Einwirkung auf die durch den Eintritt der Lissapartei auf den Boden des staatsrechtlichen Ausgleichs geänderte Lage die Demission des Cabinets anzubieten.

Paris, 12. Februar. Die Annahme des Amendement Duprat, welches die Linke unterstützte, das rechte Centrum bekämpfte, wurde dadurch herbeigeführt, daß die Bonapartisten dafür stimmten und 50 Legitimisten sich der Abstimmung enthielten. Man glaubt, das rechte Centrum lehne nunmehr das ganze Senatsgesetz ab.

Vauonne, 11. Februar. Carlistische Nachrichten aus Tolosa melden über die letzten Ereignisse von Guipuzcoa: „General Egoña hatte Ioma bei Ecano überfallen und diesen veranlaßt, den Rückzug in großer Unordnung anzutreten. Ioma, welcher nach und nach aus allen seinen Positionen auf den Höhen von Garate geworfen wurde, hat den Drifloß überichritten und sich auf Iruani zurückgezogen, wobei er fast in die Hände der Carlisten gefallen wäre. Ioma verlor hierbei eine große Zahl Gewehre und viel Munition. — Die Alonsisten versuchten einen Sturmangriff auf Andoain, wurden indeß mit dem Bajonet zurückgeworfen. Die Geschlagenen zogen sich nach San Sebastian zurück. — Gerüchtwiese verlautet, daß Moriones den Oberbefehl der Nordarmee übernehmen soll.“

Madrid, 11. Februar. Die Carlisten sind bei Sutamio in Kastilien geschlagen worden und verloren 400 Mann Tödt und Verwundete. — General Balmaleda ist zum Gouverneur der Insel Cuba bestimmt. Die Regierung wird wichtige Maßnahmen bezüglich jener Colonie nehmen.

Herr Venaoibes, spanischer Gesandter beim Vatican ist nach Rom zum Eintritt seines Postens abgereist. — General Balmaleda wird sich am 15. d. M. nach Cuba einschiffen.

Rom, 12. Februar. Ein Schreiben des Justizministers behufs Instruction des Generalprocurators des Römischen Appellhofes versichert, die Regierung werde unter Anerkennung der Freiheit der Kirche keinen Mißbrauch der Kirchenfreiheit dulden. Es anerkennt die Unverletzlichkeit des Papstes für Reden und amtliche Kundgebungen, hebt aber die Verantwortlichkeit derjenigen hervor, welche die Staatsgesetze und Staatsinstitutionen beleidigenden Kundgebungen des Papstes auf dem Presswege anderweitig veröffentlichen. Das Schreiben fordert schließlich die Staatsanwaltschaften auf, die strafbaren Reden des Clerus zu überwachen und anzuzeigen.

Southampton, 11. Februar. Die unter Leitung des Dr. Schuster stehende Englische Expedition zur Beobachtung der Sonnenfinsterniß ist heute abgegangen. Von den Beobachtern in Indien und Siam wurden Beobachtungsstationen hergerichtet.

Belgrad, 11. Februar. Das Concursverfahren gegen die „Erste Serbische Bank“ wurde zufolge des vom Cassationshofe gefaßten Beschlusses aufgehoben und Ausgleichsverhandlungen eingeleitet.

Konstantinopel, 11. Februar. Der neue Marine-Minister Effend-Pacha traf aus Syrien hier ein. — Sabit-Effendi, ehemaliger Director der Handelsagenturen an der Donau wurde zum General-Consul in Frankfurt ernannt. Der Amerikanische Gesandte Baker wird in gleicher Eigenschaft nach Petersburg versetzt, verläßt aber Constantinopel erst nach Auswechslung der Ratifikationen der zwischen den Vereinigten Staaten und der Pforte abgeschlossenen Verträge über die Naturalisation und Auslieferung von Verbrechern.

Newyork, 10. Februar. Der Postdampfer „Panfa“ vom Baltischen Lloyd ist heute früh hier eingetroffen.

Telegr. Dep. des Memeler Dampf.
Angel. 7 Uhr 10 Min Abends.
Berlin, 13. Februar. Am Dienstag beginnen im Landtage die Verhandlungen bezüglich des katholischen Kirchenvermögens. — Der bisher im Kultusministerium beschäftigte Geheimrath Wiese soll dem Vernehmen nach seinen Abschied erbeten haben. — Demnächst werden die im Proceß Armin erwähnten geheimen Schriftstücke in London als Brochure erscheinen.

Theater-Anzeige.

Sonntag, den 14. Februar. 2tes und vorletztes Gastspiel des Violin-Virtuosen Signor Stephano Nicolo, genannt Paganini II. „Das Wiedererscheinen Paganini's im Kerker zu Mantua.“

- a. Fantasia auf einer Seite über das Thema aus Figaro's Hochzeit von Mozart.
b. Adagio
c. Geisteranzug } auf 4 Saiten.

Le Carnaval de Venise, vorgetragen von Signor Nicolo. Dazu „Lucinde vom Theater.“
Montag, 15. Februar. 3tes und letztes Gastspiel des Signor Nicolo. „Spielt nicht mit dem Feuer.“ Lustspiel in 3 Akten v. Puttlich.

H. Lincke.

Nautischer Verein.

Montag, den 15. Februar c.,
Abends 8 Uhr,

Versammlung

im Lokale der Ressource Neptun.

Tagesordnung: a. Gegenwärtiger Stand der Frachten in der Ostsee; b. Verordnung zur Verhütung des Zusammenstoßens der Schiffe auf See.

Der Vorstand.

Schrauben-Dampfer Moewe.

General-Versammlung

Montag, 15. Februar, Abends 7 Uhr,
im Fischer'schen Saale.

Die Interessenten, welche sich durch ihre Anteilnahme an der Gesellschaft, werden eingeladen mit dem Bemerkten, daß für die Nichterscheinenden der § 6 des Statuts in Anwendung kommt.

Tagesordnung: Geschäftsbericht. — Rechnungslegung und Dividendenverteilung. — Wahl des Aufsichtsraths und des Correspondentenraths.

Der Aufsichtsrath.

Memeler Actien-Brauerei und Destillation.

Die Herren Actionaire unserer Gesellschaft werden gemäß § 25 des Statuts zu der vierten ordentlichen

General-Versammlung

auf
Freitag, den 19. Februar c.,
Nachmittags 4 Uhr,

im Comtoir der Gesellschaft, Friedrich-Wilhelmstraße No. 50, hierdurch eingeladen.

Zur Theilnahme an der Gesellschaft sind laut § 28 des Statuts nur diejenigen berechtigt, welche ihre Actien bis zum 16. Februar c. incl. bei der Gesellschaftskasse deponiren.

Gleichzeitig muß jeder Actionair ein von ihm unterschriebenes Verzeichniß der Nummern seiner Aktien in zwei Exemplaren übergeben, von denen das eine zu den Akten der Gesellschaft geht, das andere, mit dem Siegel der Gesellschaft unter dem Vermerk der erfolgten Deposition, ihm zurückgegeben wird. Dies Exemplar dient als Einlaßkarte zur Versammlung, auf Grund deren beim Eintritt in dieselbe dem Inhaber eine angemessene Anzahl von Stimmzetteln verabfolgt wird, welche mit dem Stempel der Gesellschaft versehen sind.

Gegen Rückgabe des Duplikatverzeichnisses erfolgt die Rückgabe der betreffenden Aktien.

Tagesordnung:

- 1) Geschäftsbericht des Aufsichtsrathes,
- 2) Gewinnvertheilung,
- 3) Ertheilung der Decharge,
- 4) Wahl zweier Mitglieder des Aufsichtsrathes an Stelle der durch das Loos ausscheidenden.

Memel, den 5. Februar 1875.

Der Aufsichtsrath.

H. Richter. C. F. Zacher.

Bekanntmachung.

Im J. L. Wiener'schen Kaufmanns-Stift sind zwei Wohnungen zu vergeben.

Hilfsbedürftige Corporations-Mitglieder werden aufgefordert, ihre Bewerbungen um diese Wohnungen bis zum 1. März c. in unserm Bureau einzureichen.

Memel, den 9. Februar 1875.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft

Einem geehrten Publikum und insbesondere meinen geehrten Freunden hiermit zur Nachricht, daß ich das früher innegehabte Lokal, Bäckerstraße Nr. 21, nachdem dasselbe vollständig renovirt und komfortabel eingerichtet ist, wieder übernommen habe und werde solches Montag, den 15. d. Mts. eröffnen. Indem ich bemüht sein werde, gute Speisen und Getränke stets zu verabfolgen, bitte ich um zahlreichen Besuch und zeichne Hochachtungsvoll J. L. Gieding.

Möbel-Fabrik

errichtet
1866.

En gros.
En détail.
Export.

Specialität massiv gebogener Möbel

empfehlen die so beliebten und solid gearbeiteten Fabrikate als: Sessel, Sopha, Stühle, Wiegstühle, Clavierstühle, Tabourets mit Rohrgeflecht, auch zum Polstern und reichend für Stickerien zu mäßigen Preisen. Zeichnungen und Preise franco. Aufträge werden prompt effectuirt. Einrichtungen für Salons, Restaurants, Hotels etc. Bei Entnahme größerer Posten Rabatt. Stühle v. 22 Zhl an per Dg. Johannes Scheel. Berlin S. W. 50, Friedrichstr.

Der Ausverkauf

wird ununterbrochen fortgesetzt und werden sämtliche Artikel um schleunigst damit zu räumen, zu jedem nur annehmbaren Preise abgegeben.

Herrmann Wittenberg,

Markstraße No. 9.

Eine große Partie Damen-Mantel und Jaquetts, sowie noch einige Knabenanzüge ganz besonders billig.

Halb- und Brustfranke sollten im Winter

nichts Angstlicher meiden als die kalte Luft, zumal bei Ost- und Nord-Weiden. Wenn sie aus warmer in kalte Luft durchaus gehen müssen, so ist Mund und Nase durch Tuch oder Respirator zu schützen. Die meisten Brustfranken thäten besser, anstatt nach südlichen Gegenden zu reisen, zu Hause zu bleiben und sich in ihrer gut zu lüftenden Wohnung ein südliches Klima, das ist eine gleichmäßig reine und warme Zimmerluft von 15—16° R., sowohl bei Tage als Nacht herzustellen. Ihr Schlafzimmer sei sonnig und geräumig. Außer Ruhe, nahrhafter Kost und guter Milch ist ihnen auch der Gebrauch eines diätetischen Mittels zu empfehlen, welches Hals und Lungen anfeuchtet, die Trockenheit und den Hustenreiz mildert, den Schleim löst und zugleich etwas auf die Leibesöffnung wirkt. Als ein solches diätetisches Mittel ist der L. W. Egers'sche Fenchelhonig von großem Nutzen. Jeder Hals- und Brustfranke sollte täglich mehrere Theelöffel davon nehmen, so oft er Verlangen danach hat. Der L. W. Egers'sche Fenchelhonig, erfunden und fabricirt von L. W. Egers in Breslau, ist nur echt, wenn jede Flasche dessen Siegel, Facsimile, sowie seine im Glase eingetragene Firma trägt. Die vom Fabrikanten selbst errichtete Niederlage ist bekanntlich bei

C. H. Engel in Memel.

Zur Kaiserliche

Text! gute Schlittbahn, frische Raderkuchen.

„Germania“,

Lebensversicherungs-Actien-Gesellschaft in Stettin.

Grund-Capital . . . R.-M. 9,000,000.

Angesammelte Reserven

Ende 1873 . . . = 19,349,520.

Seit Eröffnung des Geschäfts bis Ende 1873

bezahlte Versicherungssummen . . . = 18,602,868.

Verichertes Capital Ende

Januar 1875 . . . = 199,487,619

Jahreseinnahme an Prämien u. Zinsen . . . = 7,167,795.

Im Monat Januar sind

eingegangen: . . .

848 Anträge auf . . . = 2,096,960.

Dividende der mit Gewinn-Anteil

Vericherten

auf die 1871 gezahlten Prämien 33 1/3 Proz.

= = 1872 = = 33 1/3 =

= = 1873 = = 20 =

Von demjenigen jährlichen Reingewinne,

welchen die mit Anspruch auf Dividenden ver-

sicherten Personen und die Actionaire unter sich theilen, erhalten jene Vericherten drei

Viertheile und die Actionaire ein Viertel.

Die dividendenberechtigten Vericherten treten

in den Bezug ihrer Dividenden schon nach zwei

Jahren in der Weise, daß die Dividende des

ersten Jahres durch Ermäßigung der Prämie

des dritten Jahres u. s. f. gewährt wird.

Prospekte und Antragsformulare

gratis durch

Wilhelm Fischer,

Haupt-Agent.

Gambinus-Halle

steht ein Französisches Billard zur gefälligen Benutzung.

Dieselbst sind eben eingetroffen, frische saure Gurken, das berühmte Fabrikat der Frau Richert aus Liffit.

Die Erbauung eines Orchesters im Schützengarten soll im Wege der Minus-

licitation vergeben werden und haben wir dazu den Termin zum

15. Februar, Nachmittags 4 Uhr,

im Schützenhause anberaumt, welcher um 6 Uhr geschlossen wird. Zeichnung, Anschlag und Bedingungen sind bei unserm Obervorsteher einzusehen.

Der Vorstand der Schützengilde.

Bekanntmachung.

Die auf 1162 Mark veranschlagte Neu-anfertigung einer eisernen Seetonne für die Pilotage in Memel soll im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden und habe ich hiezu auf

Donnerstag, den 25. d. M.,

Vormittags 11 Uhr,

im hiesigen Hafenbau-Bureau, in welchem Anschlag, Zeichnung und Bedingungen zur Einsicht ausliegen oder gegen Erstattung der Copialien schriftlich mitgeteilt werden, Termin anberaumt.

Die Offerten sind rechtzeitig und bis zur Terminsstunde im oben genannten Bureau, mit entsprechender Aufschrift versehen, einzureichen und werden dann in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten eröffnet werden.

Memel, den 8. Februar 1875.

Der Königl. Baurath.

Bleek.

Mittwoch, den 17. d. M., Nachmit-

tags 2 Uhr, sollen Friedrichswardt, im Vag-dah'n'schen Speicher, verschiedene Gegenstände sowie ca. 40 Ctr. gute Schweinewolle meistbietend verkauft werden.

Schundau.

Schiffs- und Straßenbesen von sehr haltbarem Gewächs gearbeitet, sowie Matten von Spanischem Rohr empfiehlt

W. Schröder, Schuhstraße 9.

Gute neue Sophas

sind stets zu haben bei

H. Bowitz, Sattler.

„Noch kurze Zeit.“

Ziehung 1. März 1875.

Iserlohn's Lotterie.

1369 Gewinne. Werth 93,000 M.

Hauptgewinn 3000 Mark.

Kleinster Gewinn 30 Mark.

Loose à 3 Mark, bei

Pläne gratis Wilh. Fischer.

Virtene und seltene

Achtelschwarten

sind zu haben bei Mason Smith & Co.

Epilepsie

(Fallsucht) heilt brieflich der

Specialrath Dr. Killisch, Dresden, Wilhelmsplatz 4 (früher Berlin.) Erfolge n. Hunderten!

Einem geehrten Publikum setze

ergerst an, daß bei mir täglich frische Butter zu billigen Preisen zu haben ist.

G. Michuella, Löffelstr. 14.

Ein Haus wird zu kaufen

beabsichtigt, in der Witt- oder Schlemmerstraße. Offerten werden gebeten in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

Ein Detant wird für alt zu kaufen gesucht. Adressen bittet man in der Exp. d. Bl. abzugeben.

Kapitalien von 700 und 1500 bis 7000 Thlr. sind auf sichere Hypotheken zu vergeben durch

Rechts-Anwalt Schlepps.

In der Löffelstraße ist ein weißes gesticktes Battist-Lächentuch verloren worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, selbiges in der Exped. d. Bl. gegen angemessene Belohnung abzugeben.

Ein weißes Strickzeug mit 2 Knäulen ist in der Polangen- oder alten Sorgenstr. verl. geg. Abzug geg. Belgg. in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Ein Stück von einem rothen Korallenkreuz ist auf dem Kapitäns-Ball verloren. Abzugeben Viktoriastraße 24, Laden I.

Eine Schlittenglocke ist gefunden worden und gegen Insektionsgebühren hintere Verstrich Nr. 1 in Empfang zu nehmen.

Ein junges Mädchen sucht von sogleich eine Pension, Adressen sub J. B. M. in der Expedition dieses Blattes erbeten.

Ein mit guten Zeugnissen versehener

Factor (Holzbrafer)

wird zum sofortigen Eintritt gesucht

in der Dampfschneidemühle

von Norwitzky & Wilk,

Labiau.

Einem ordentlichen Hausmann sucht zum 1. März

L. Schultz,

Friedrich-Wilh-Str. 27

In meinem Geschäft ist ein Platz für einen jungen Commis oder einen Beherling offen.

Wilhelm Semmler.

Ein mit guten Schulkenntnissen versehener junger Mann findet in unserem Manufactur-Waarengeschäft als Lehrling Stellung.

Gebrüder Guttzeit.

Ein anständig. Dienstmädchen,

das von der Küche etwas versteht, findet eine Stelle vom 1. März bei

C. L. Cron.

Ein Laden in der Markt-, Friedr.-Wilh- oder Böckenstraße wird gesucht. Adressen unter A. Z. 30 in der Expedition dieses Blattes erbeten.

Eine möblierte Wohnng, Stube und Cabinet, ist vom 1. März zu vermieten,

Polangenstr. vis-à-vis dem Victoria-Hotel.

Eine untere Wohnung bestehend aus einer Stube und Schlafkabinett nebst den dazu gehörigen Bequemlichkeiten ist von sofort zu vermieten und zu beziehen. Näheres zu erfragen beim betreffenden Eigenthümer

Kettenstraße 8, Eingang durch die Pforte

Eine separate Wohnung von

5—6 Zimmern nebst Küche und Zubehör, gelegen im Mittelpunkte der Stadt, wird zu mieten gesucht und vom 1. April oder Juli zu beziehen. Näheres

Marktstraße 3/4, 2 Treppen.

Zwei Vadenlokale

nebst einer Wohnung, Stallungen etc. hat vom 1. Mai c. ab zu vermieten

J. G. Walter in Hendekrug.

Memel, den 4. Februar 1875.

Von dem unterzeichneten Collegium sind 3000 Mark Hospital-Gelder auf ländliche oder städtische Grundstücke als Darlehen auf sichere Hypothek gegen 5 pCt. Zinsen zu vergeben. Hierauf Reflectirende wollen sich bei dem Collegium unter Einlegung ihrer Hypotheken-Dokumente sowie eines Auszuges aus der Grundsteuer-Mutterrolle und der Feuer-Ver-

sicherungs-Police melden

Königl. Friedrichs-Hospital-Collegium.

Der Vorstand.

Landrath v. Gramatzki.

Memel, den 11. Februar 1875.

Das betreffende Publikum wird aufgefordert, die Gasconsum-Karte pro December pr. binnen 8 Tagen an die Stadtkasse abzugeben, widrigenfalls die Gasleitungen werden geschlossen werden.

Der Magistrat.

Druck u. Verlag von J. W. Siebert in Memel. Verantwortlicher Redacteur Dr. Rüß in Memel.

Beilage.

Beilage zu No. 38. des Memeler Dampfboots.

Sonntag, den 14. Februar 1875.

Abgeordnetenhaus.

11. Plenarsitzung. Donnerstag, den 10. Februar. Präsident von Bennigsen eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr. Am Ministertisch die Geh. Ober-Reg.-Räthe Wohlers und Persins.

Tagesordnung: I. Forts. der ersten Beratung der Provinzialordnung und des Gesetzentwurfs betreffend die Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsstreitverfahren.

Abg. Berger (Witten) bemerkt zunächst, daß er sich vorbehalte, auf die Ausführungen des Abg. v. Sybel zurück zu kommen; dagegen müsse er von vornweg einige Bemerkungen an die Rede des Abg. v. Gerlach knüpfen und bedauere er nur, denselben nicht an seinem Platze zu sehen. Der Herr Abg. habe sich gestern darüber beklagt, daß das Land mit einer Fluth von Gesetzen, überschwemmt werde. Er möchte nur einmal die Frage aufwerfen, ob Herr v. Gerlach schon einmal darüber nachgedacht, daß die Schuld hierfür lediglich der Reaktionsperiode der 50 Jahre zuzurechnen sei, und daß er redlich dazu mitgewirkt hat, das Ministerium Manteuffel in seinen reaktionären Maßnahmen zu unterstützen.

Wäre das nicht geschehen, dann hätten wir jetzt mit Ruhe und Frieden an die weitere Entwicklung unserer Gesetzgebung herantreten können. Herr Abg. Dr. Windthorst, der doch auch sich rühmt den Conservatismus zu vertreten, habe während seiner Verwaltung in Hannover seine Aufgabe als Minister anders erfüllt. Noch heute erkenne das Land dankbar an, daß Herr Windthorst dem Lande auf dem Gebiete der Verwaltung und der Justiz zeitgemäße und nützliche Gesetze gegeben. Er, Redner, betrachte es daher als eine gerechte Vergeltung, wenn Herr v. Gerlach noch in seinem hohen Alter als Mitglied dieses Hauses die Folgen der von ihm vertretenen Reaktion in so überzeugender Weise kennen lerne.

Das vorliegende Gesetz sei eine Nothwendigkeit, es wäre jedoch besser gewesen, wenn der Minister in denselben von vornherein mit den Regierungen namentlich aber mit den Regierungspräsidenten ein für alle Mal ein Ende gemacht hätte. Dieselben seien hier bereits als ein nothwendiges Uebel bezeichnet worden; er seinerseits wolle zwar das Substantiv zugeben, müsse sich aber gegen das Adjectivum entschieden verwahren. Die Nothwendigkeit der Vorseitigung dieses Instituts sei auch von allen Rednern anerkannt mit Ausnahme des Herrn v. Koller. Selbst Herr v. Kardorff, der ja selber einmal Regierungsassessor gewesen und deshalb gewiß ein völlig competentes Urtheil haben müsse, habe sich gegen die Reg.-Präsidenten ausgesprochen, so daß der Minister sich schon jetzt überzeugt haben werde, daß das Haus in diesem Punkte der Vorlage nicht beistimmen werde.

Redner sucht sodann nachzuweisen, daß auch für die Rheinprovinz die Emanation einer Provinzialordnung nothwendig sei. Der Minister des Innern habe auch bereits vor 6 Jahren den Erlaß einer Kreisordnung für die betreffenden Provinzen versprochen und sei damals das Bedürfnis und die Zulässigkeit einer solchen selbst von der konservativen Partei anerkannt, die ja jetzt mit der Regierung in engster Verbindung stehe. Herr v. Sybel habe nun allerdings einen großen Verein, den „Deutschen Verein“, in der Rheinprovinz gebildet, in dem sich alle freisinnigen Elemente gegen die dortige Majorität der Klerikalen verbinden sollen, ob er sie aber auch in dieser Frage geeint, scheine sehr fraglich. Die gegenwärtige Majorität der Klerikalen am Rhein scheine den sonst so klaren Sinn des Herrn v. Sybel umnebelt zu haben, anders wenigstens könne er sich seine Stellung in dieser Frage nicht erklären. Gerade was von Seiten der liberalen Partei als wirksames Mittel zur Bekämpfung der klerikalen Bestrebungen anerkannt werde, halte Hr. v. Sybel für gefährlich. Ja, man sei sogar so weit gegangen, sich an die Regierung zu wenden und dort die Gefahren zu schildern, die aus der Einführung der Kreisordnung in die Rheinprovinz für den Staat entstehen könnten. Hr. v. Bismarck habe man so gar gesagt, jedes reichstreuere Kind würde Bravo rufen, wenn diese Gesetze nicht zur Vorlegung gelangten (Heiterkeit).

Dem Hr. Dr. soll folle gesagt sein, daß es unmöglich sein werde, das Unterrichtsgezetzbuch auf die Rheinprovinz auszudehnen, wenn die Kreisordnung dort eingeführt werden sollte, während die liberale Partei gerade in dem Unterrichtsgezetze die beste Waffe zur Bekämpfung der klerikalen Partei erblicke. Hr. v. Sybel erkläre sich deshalb gegen die Einführung der Kreisordnung in Rheinland und Westfalen, weil verschiedene Bezirke dort zu klerikal seien. Nun er mache darauf aufmerksam, daß in der Provinz Preußen — Ermund, in Schlesien — Oberschlesien in der Provinz Sachsen — das Eichsfeld dem Rheinland in klerikaler Gesinnung nicht nachstehen und die Abgeordneten aus diesen Landestheilen gewiß den Anspruch erheben, ebenso schwarz zu sein, als die Herren aus Rheinland und Westfalen (Große Heiterkeit), mit denselben Rechte hätte man somit auch diesen Landestheilen die Kreisordnung vorenthalten können. Es scheine ihm, Redner, aber, als wenn die ganzen Lamentationen des Hr. v. Sybel in seinen Deduktionen nur darauf hinausgingen, daß er bei den Wahlen in der Rheinprovinz unterlegen ist (Zustimmung im Centrum). Hr. v. Sybel habe sodann noch die dortigen Unterrichtsanstalten zur Sprache gebracht und gesagt, daß sich dieselben in einem beklagenswerthen Zustande befänden. Aber da sei es doch wohl gestattet zunächst die Frage aufzuwerfen, ist denn die Rheinprovinz an diesem Zustande schuld? Ist das nicht vielmehr die traurige Konsequenz jener traurigen Zeit, an dem das ganze Land nun bereits seit länger denn 20 Jahren leidet? Und die Schuld daran trage lediglich die Partei, die es seit dieser ganzen Zeit stets darauf angelegt, einer verständlichen Communalgesetzreform Widerstand entgegen zu setzen. Herr

v. Sybel sei daher nicht berechtigt, die Rheinprovinz für diese Zustände verantwortlich zu machen. Hr. v. Sybel habe weiter davon gesprochen, daß es staatsgefährlich wäre, die Selbstverwaltung in einem Landestheile einzuführen, wo möglicherweise die Internationale des Herrn Hafenclever und Hasselmann mit einem Oberhaupt im Auslande in einigen Bezirken einmal zur Majorität gelangen könnte. Nun, Herr v. Sybel habe die Internationale genannt und die Klerikalen gemeint, er meint den Sach und schlägt den Kiel (Heiterkeit). Er sehe darin indeß nichts weiter, als daß Herr v. Sybel von der Furcht vor dem schwarzen und rothen Gelpenst vollkommen beherrscht werde. Womit aber seine Zeit Louis Napoleon die Bourgeois in Frankreich in Furcht zu halten gewußt, das werde in Deutschland niemals einen Boden finden. Nichts würde aber für die Klerikalen einen größeren Triumph bereiten, als wenn wir aus Furcht vor ihnen die Einführung der Kreisordnung in den westlichen Provinzen verhindern wollten (Sehr richtig.) eines größeren Erfolges würde sich Herr Windthorst nicht rühmen können, als wenn er als Bremse an unsern Reformwert dasitzen würde. (Große Heiterkeit.) Der Apell an die Furcht werde aber in Deutschen Herzen niemals Wiederhall finden (Bravo) und deshalb hoffe er, daß auch die Königl. Staatsregierung dem Drängen des Herrn v. Sybel nicht nachgeben werde. Schließlich wendet sich Redner dann noch an den Minister des Innern und erinnert ihn daran, daß es sich hier eben nur um eine Einlösung eines von ihm gegebenen förmlichen Versprechens handle. Er fordere endlich das Haus auf, der Vorlage nur unter der Bestimmung zuzustimmen, daß auch zugleich in Rheinland und Westfalen die Kreis- und Provinzialordnung eingeführt werde, andernfalls aber dieselbe abzulehnen. Das Haus möge das Beispiel des Reichstages in der Bankfrage befolgen, der die Reichsbank als *conditio sine qua non* bezeichnete und schließlich damit auch durchbrang. In ähnlicher Weise, wie die dortige Kommission, möge auch die für diese Vorlage zu ernennende Kommission ihre Aufgabe auffassen. (Leb. Bravo.)

Abg. Dr. Gneist spricht für die Vorlage und wendet sich namentlich gegen die auf sofortige Vorseitigung der Regierungen gerichteten Bestrebungen. Das Publikum habe sich an die Institution einmal gewöhnt, und eine plötzliche Aenderung sei andererseits durch nichts geboten. Möglicherweise könne sich solche Umgestaltung im Laufe von 10 Jahren vollziehen; wolle man dies aber schon jetzt eintreten lassen und die gesamte Provinz unter unmittelbare Leitung des Oberpräsidenten stellen, so werde dies unmöglich sein. Redner entwickelt dann den Begriff der Selbstverwaltung, bei welcher der dem Einflusse der Staatsgewalt eine hervorragende Stellung eingeräumt wissen will. Die derselben entsprechenden Institutionen können aber nicht nach einer allgemeinen Schablone geformt werden, sie müssen vielmehr den verschiedenen gearteten Interessen Rechnung tragen. Die Verechtigung der Vertretungen zu statutarischen Bestimmungen sei unzulässig, weil die Gesetzgebung Sache des Staates sei. Die Nebereinanderstellung des Oberpräsidenten und des Landesdirectors sei nicht zu billigen, da sie eine Zweipoligkeit in der obersten Spitze bilde, vielmehr müsse die Oberleitung in einer Hand, der des Oberpräsidenten ruhen, dem der Landesdirectors als Stellvertreter zur Seite zu setzen sei. Im Allgemeinen erklärt Redner schließlich, nachdem er auch der Vorlage betreffs der Verwaltungsgerichte seine volle Anerkennung ausgesprochen, das vorliegende Gesetz für das wichtigste, das geschaffen sei, daselbe werde allen begründeten Forderungen gerecht, es sei dasjenige, was endlich den constitutionellen Staat zu einer Wahrheit mache und das vom Freiherrn v. Stein begonnene Werk zum Abschluß bringe. Als solches möge das Haus demselben zustimmen. Bezüglich der Commission spricht Redner den Wunsch aus, daß dieselbe nicht, wie von anderer Seite gewünscht, aus möglichst vielen Personen zusammengesetzt werde.

Abg. Dr. Petri spricht für die Einführung einer Provinzial- und Gemeindeordnung in seiner heimathlichen Provinz Nassau, deren Nothwendigkeit er aus der verschiedenartigen Beschaffenheit der dortigen Organisation nachzuweisen sucht. Es sei eine solche Reform deshalb auch ein von den Bewohnern der Provinz, wie von den dortigen Behörden getheilte Wunsch, über dessen Ausführung man jedoch verschiedener Ansicht sei. Redner entwickelt nun die Gründe, welche darthun sollen, daß in der Provinz Nassau vorzugsweise der Boden für die Entwicklung des Princips der Selbstverwaltung vorhanden sei. Indessen seien die dortigen Verhältnisse so eigenartig gestaltet, daß es ganz unmöglich sei, das Institut der Amtsvorstände dort einzuführen und das sei auch der Hauptgrund gewesen, weshalb man zu der Reform der Provinzialverfassung in der Provinz Hessen-Nassau sich nicht zustimmend verhalten habe. Redner glaubt, daß die Staatsregierung den Verhältnissen Hessen-Nassaus Rechnung tragen und bei Einführung der kommunalen Reform in dieser Beziehung nicht auf eine einheitliche Organisation bestehen werde.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen und wird nach einigen persönlichen Bemerkungen zwischen den Abg. v. Sybel, der die ihm gemachten Vorwürfe der Furcht u. s. w. entschieden zurückweist und des Abg. Berger die Vorlage an eine besondere Commission — deren Zahl vorläufig noch offen gelassen — zur Vorberatung überwiesen. Es folgt

II. Verathung des Antrages des Abg. Dr. Birchow: Die Königl. Staatsregierung aufzufordern, noch in der gegenwärtigen Session den Entwurf eines Gesetzes über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen dem Landtage vorzulegen.

Abg. Berger (Witten) erklärt Namens des Antrag-

stellers, daß die Absicht des Antrages dahin gehe, daß primo loco die Kreisordnung und auch die Provinzialordnung in Rheinland und Westfalen eingeführt werde, in Bezug auf die Gemeindeordnung wolle der Antragsteller jedoch von einer Pression auf die Staatsregierung für jetzt absehen.

Abg. Liebmann: Durch die Erklärung des Vorredners sei das eigentliche Motiv seines Widerspruchs gegen den Antrag beseitigt, denn im Princip sei er mit demselben einverstanden. Er sei nur der Meinung gewesen, daß die in dem Antrage aufgeführten Gegenstände sehr wohl getrennt werden könnten und daß die Gemeindeordnung vorläufig noch auszuscheiden sei. Er, Redner, glaube aber, daß es bei Einführung der Kreis- und Provinzialordnung in der Rheinprovinz gewisser Kautelen bedürfen werde. So lange eine Partei im Preussischen Staate existire, welche ihr subjectives Ermeßen, oder correcter ausgedrückt, welche die Befehle einer kirchlichen Hierarchie höher halte, als die auf verfassungsmäßige Weise zu Stande gekommenen Gesetze (Widerspruch im Centrum), so lange könne und dürfe der Staat nicht zugeben, daß die Rechtsprechung bei den Verwaltungsgerichten nicht durch Zufall in die Hände von Männern gelegt werde, die dieser Partei angehören. Er glaube daher, daß die Staatsregierung sich deshalb das Vorkaufsrecht werde vorbehalten müssen, und mit diesem Vorbehalt könne er für den Antrag Birchow, soviel er sich auf die Kreis- und Provinzialordnung beziehe, stimmen.

Abg. Graf Bethun-Huc: Er glaube nicht, daß er in dem Rufe stehe, ein Freund der Ultramontanen zu sein, oder deren Bestrebungen unterstützen zu wollen, aber dennoch werde er sich durch die Ausführungen des Abg. Sybel nicht bestimmen lassen, gegen den Antrag zu stimmen. Dagegen sei er mit dem Vorredner damit einverstanden, daß, obgleich er kein Freund des Vorkaufsrechtes sei, die Staatsregierung in den beiden Provinzen vorläufig das Recht der Vorkaufsrecht, ja der Ernennung der Ortsvorstände schwerlich werde entbehren können. Würde man sich den Ansichten des Abg. v. Sybel anschließen, dann dürfte Rheinland und Westfalen noch recht lange auf die Kreis- und Provinzialordnung warten, denn der Kampf gegen den Ultramontanismus, der ein Kampf zwischen zwei gewaltigen Ideen sei, werde nicht in einer kurzen Spanne Zeit beendet werden.

Abg. Dr. Thiel: Er werde gegen den Antrag stimmen, denn er stelle sich in dieser Frage lieber auf die Seite des Abg. v. Sybel gegen einen großen Theil seiner politischen Freunde, als auf die Seite des Abg. Berger, um den Beifall der Herren aus dem Centrum zu gewinnen (Ho! links). Er glaube, man müsse sich zunächst die Frage vorlegen, welchen Einfluß diese Maßregel auf den großen kirchlichen Kampf, in dem sich der Staat augenblicklich noch befindet, haben werde. Frage man doch die Herren im Centrum, ob sie nicht von der Einführung der Selbstverwaltung eine Stärkung in dem Kampfe gegen die Staatsregierung erhoffen; und daß sie von diesem Mittel Gebrauch machen werden, deren sei nicht zu zweifeln, denn sie halten sich hierzu sogar in ihrem Gewissen verpflichtet. Deshalb aber mache ich gerade den Gegnern dieser Partei einen Vorwurf daraus, daß sie eine so sichere Position dem Feinde gegenüber so ohne Weiteres aufgeben wollen.

Abg. Miquel: Würde man dem Vorredner folgen, so würde das nichts weiter heißen als ein Parteidement im Lande errichten. Er kenne nur die Gemeinsamkeit vaterländischer Interessen und werde er niemals einem Ausnahmegezet zustimmen. Er und die Mehrzahl seiner politischen Freunde würden also für den Antrag in dem Sinne stimmen, weil sie die Durchführung einer gemeinsamen Organisation durch das ganze Land wünschten.

Abg. Reichenperger: Einen größeren Wohltäter für diejenigen Interessen, die er und seine Partei vertreten, könne er sich gar nicht denken, als Hr. v. Sybel. Wunderbarer Weise müsse er es erleben, daß ein i. g. Liberaler den Minister des Innern Grafen zu Eulenburg für einen Ultraliberalen hält, dessen lebendes Vorgehen er nicht billigen könne. Er und seine Freunde würden für den Antrag stimmen, nicht weil sie dadurch ihre kirchlich-politische Stellung zu beseitigen hoffen, sondern deshalb, weil sie die Rheinprovinz nicht als Preußen zweiter Klasse behandeln zu sehen wünschten. Redner erinnert an die Worte Friedrich Wilhelm III. bei der Wiederbesetzung der Rheinprovinz, daß das Rheinland Deutsches Umland und die Vormauer Deutscher Freiheit sei.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Wenn ich den Wunsch ausspreche, daß der Antrag Birchow nicht angenommen werde möge, so geschieht dies nicht, weil ich sagen wollte, die Regierung ist gar nichts Willens, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, sondern deshalb, weil sie die Form deselben im gegenwärtigen Augenblick nicht für opportun hält. Schon neulich habe ich erklärt, daß Niemand mehr den Drang in sich hat, die communale Gesetzgebung, wie sie angefangen hat, weiter fortzuführen, als die Regierung selbst. Aber zur Ausführung dieses Gedankens gehört ein ernstes Studium derjenigen Landestheile, auf welche die Gesetzgebung ausgedehnt werden soll, denn wir sind weit entfernt davon, schablonenartig vorzugehen. Wir wollen vielmehr die Organisation im Großen und Ganzen so durchführen, daß gewisse Grundzüge nicht mit den Gewohnheiten der betreffenden Landestheile in Widerspruch kommen. Nun ist aber die Prüfung dieser Zustände eine außerordentlich vielfältige, tief eingreifende und seine Arbeit, die nicht in kurzer Zeit bewältigt werden kann. Ich glaube daher wir thun gut, wenn wir den Gang der Gesetzgebung vorläufig nicht schneller gehen lassen, denn ich kann Ihnen nicht garantiren, daß die gewünschten Gesetze noch in dieser

Session vorgelegt werden und könnte die Staatsregierung dann vielleicht der Vorwurf der Unwillkürlichkeit treffen, ohne daß sie die Schuld hieran trägt.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen.

Abg. Dr. Birchow hält auch den Ausführungen des Ministers gegenüber den Antrag aufrecht. Der Minister verlange ein gewisses Vertrauen vom Hause, indessen, obwohl er selbst in der schwersten Konfliktzeit demselben ein solches nicht vorzuenthalten habe, so sei doch die Sache jetzt bereits zu weit gebiehen, um durch einfache Zurückziehung des Antrages beiseite zu werden. Der Kulturkampf, der in die Debatte gezogen sei, dürfe nur auf dem rein kirchlichen Gebiete ausgetrieben werden, auch halte er denselben für unser Staatswesen gar nicht für so gefährlich, daß er die Ausführung der kommunalen Reform hindern könnte. Aber eben deshalb, weil man diesem Kampfe im Auslande eine so hohe Wichtigkeit beilege, müsse man zeigen, daß wir keine Furcht haben. Wenn der Abg. v. Sybel die Provinz Posen der Rheinprovinz gegenüber gestellt habe, so kenne er die Verhältnisse in Posen persönlich nicht genau, aber das stehe doch fest, daß das Bestreben der polnischen Bevölkerung doch darauf gerichtet sei, sich von Deutschland los zu reißen. Auch seien ja die panslawistischen Bestrebungen gar nicht zu unterschätzen und wenn auch für den Augenblick keine Gefahr zu besorgen sei, so dürfe man eine solche für die Zukunft doch nicht aus den Augen lassen. Während also hier die Gefahr eines Anschlusses an Ausland nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liege, sei eine Gefahr, daß die Rheinlande sich an den Kirchenstaat anschließen werden (Heiterkeit).

Der Minister des Innern hebt nochmals die Schwierigkeiten hervor, die der Vorlegung der gewünschten Gesetzesentwürfe in der vorliegenden Session entgegenstehen, dann wird der Antrag Birchow mit 292 gegen 28 Stimmen vom Hause angenommen.

Die Sitzung wird hierauf auf morgen 11 Uhr vertagt. L.-D.: 1. Erste Verathung des Gesetzes betreffend die Provinz Berlin. 2. Erste Verathung des Gesetzes betreffend die Dotation der Provinzialverbände. (Schluß 5 Uhr.)

Die Socialdemokratie in Königsberg.

y. Königsberg, 11. Februar. Bei dem stetigen Wachsthum, in welchem sich die Bedeutung der socialdemokratischen Partei in Deutschland befindet — einer Thatsache, der sich nachgerade kein Unterrichter mehr verschließen kann — und gegenüber der neuen Stärkung, welche dieselbe unzweifelhaft durch die zu Pfingsten dieses Jahres bevorstehende Vereinigung ihrer beiden Fractionen erfahren wird, denjenigen der sogenannten ehrlichen oder Eisenacher Socialdemokraten mit Vebel und Liebknecht als Führern und denjenigen der von Halendener geleiteten Passauer, darf ein Bericht über die Agitation, welche diese Partei in unserer Stadt seit längerer Zeit mit erheblichem Erfolge entfaltet, wohl auf Interesse auch von Seiten der Leser dieses Blattes rechnen. Die in unserer Provinz, sowohl auf dem platten Lande als in den Städten, wiederholt gemachten Versuche, außerhalb der Hauptstädte für die Socialdemokratie Propaganda zu machen, sind bisher stets gescheitert; und auch in Königsberg hat nur die erste der beiden genannten Fractionen Anhänger gefunden. Diese constituirte sich im Jahre 1868 zu Eisenach, wo sie fortan auch ihre allgemeinen Congresse abgehalten hat, durch Aufstellung des bekannten Programms und eines Organisationsplanes, welcher die Partei in eine große Zahl lokaler, unter der Leitung je eines sogenannten Vertrauensmannes stehender Körperschaften gliedert. Das Centralorgan bildet ein aus fünf Mitgliedern bestehender Ausschuß, welcher seinen Sitz in Hamburg hat. Derselbe versendet an die lokalen Parteigruppen gleichlautende Formulare zu Mitgliedsarten, deren Inhaber zur Leistung einer monatlichen Steuer von beliebiger Höhe verpflichtet sind, verwaltet die Centralkasse, empfängt die Berichte der einzelnen Parteikörper und hilft vermittelnd bei der Auslösung von Agitationen. Außer den Localparteien existiren an vielen Orten noch der Socialdemokratie zugehörige eigentliche Arbeitervereine, welche sich natürlich der politischen Vereinigung geleglich unterstügen, Communication mit einander erhalten müssen. Ein solcher Verein wurde hier zu Anfang des Jahres 1873 gegründet. Neben demselben entwickelte sich jedoch bald auch einer jener in die Eisenacher Verbindung eingefügten Parteikörper, welcher mit schnell wachsendem Erfolge wirkte. Während Dr. Johann Jacoby, welcher bekanntlich im Jahre 1872 bei Gelegenheit des Leipziger Hochverrathsprozesses öffentlich seinen Uebertritt zur socialdemokratischen Partei erklärte, in Folge seines leidenden körperlichen Zustandes sich nur selten an die Agitation betheiligte, widmete sich außer einigen Arbeitern hauptsächlich eine Anzahl von Kaufleuten und Gewerbetreibenden, unter denen in erster Linie Herr Marx Herbig zu nennen ist, mit unermüdlichem Eifer der Leitung der hiesigen Partei; und, während der Anhang derselben unter der arbeitenden Bevölkerung sich beständig mehrte, nahm nach und nach auch innerhalb der gebildeten Stände der Kreis derer zu, welche der Bewegung mit sympathischer Aufmerksamkeit folgten, so daß die in unserer Stadt das politische Terrain beherrschende Fortschrittspartei zuletzt die übliche Taktik, die im Wesentlichen auch auf ein geistliches Ignoriren des gefährlichen Gegners hinausläuft, offen aufgeben mußte.

Dies geschah mit Eclat, als in der Zeit vor den letzten Reichstagswahlen, der bekannte sächsische Agitator Herr Louis Eckstein in unserer Provinz und namentlich in Königsberg eine mehrwöchentliche Thätigkeit entfaltete. Es gelang demselben, mit der den Männern seines politischen Berufes eigenenthümlichen aufschreienden Verehrtheit die Empfindungen seiner bei jedem Auftreten sich vergrößernden Zuhörerschaft bis zur äußersten Erregung zu entzünden. Von dem gegenwärtigen Stimmführer der hiesigen Fortschrittspartei, Herrn Professor Julius Müller, in der Presse angegriffen, lud er diesen vor

eine Volksversammlung und zwang denselben durch den tobenden Jubel, mit welchem die versammelte Menge seiner Verhöhnungsrede Beifall spendete, und durch das lärmende Gelächter, mit welchem sie die Rechtfertigungsversuche des Herrn Professor Müller zurückwies, von der Erledigung der Controversen abzuleiten. Bei der Wahl erlangte der Candidat der socialdemokratischen Partei, Herr Kaufmann Herbig, auf dessen Namen sich bei der vorletzten Wahl nur eine kleine Zahl von Stimmen vereinigt hatte, eine relativ bedeutende Minorität, und mit geringer Uebertreibung konnte Herr Eckstein sagen, „die Socialdemokratie habe in Königsberg ein starkes Bohlwerk gegen ihre Feinde errichtet.“

Der Arbeiterverein löste sich im vorigen Winter als überflüssig neben der straff organisirten Localpartei auf. Diese blieb nach wie vor von den Behörden unangefochten, bis sie plötzlich im Sommer vorigen Jahres, in jener Zeit, als gleichzeitig an vielen Orten Deutschlands eine Verfolgung der Socialdemokraten stattfand, vorläufig durch die Polizei aufgehoben, und gegen ihre Führer eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet wurde. Eine Reihe schnell auf einander folgender Versammlungen, in denen diese Maßregeln besprochen werden sollten, wurden aufgelöst und die darüber geführten Beschwerden unter Billigung des Verlaßens der betreffenden Beamten zurückgewiesen. Das Resultat der Untersuchung war ein Prozeß, welcher im Dezember v. J. vor dem hiesigen Stadtgericht gegen die als Vertrauensmänner thätig gewesenen Herren Kaufmann Radtke und Schlosser Schwarz geführt, und in welchem diese angeklagt wurden, entgegen den Bestimmungen des Vereinsgesetzes als Leiter eines politischen Vereins mit ähnlichen Vereinen in Verbindung getreten zu sein. Die Verhandlungen im Hauptverfahren drehten sich wesentlich um die beiden Fragen, erstens ob die Königsberger socialdemokratische Partei ein Verein sei, und zweitens ob sie in diesem Falle einen selbstständigen Verein neben ähnlichen an anderen Orten bestehenden oder ob alle diese Körperschaften zusammen nur einen einheitlichen Verein bilden. Die Beweisaufnahme zeigte, daß die hiesige Parteigruppe sich in beiden Beziehungen sehr geschickt auf der Grenze zwischen dem Erlaubten und Strafbaaren gehalten hatte. Der Gerichtshof entschied sich nach langer Verathung für die Auffassung der Staatsanwaltschaft und erkannte auf Verurtheilung der Angeklagten zu je 30 Thlr. Geldstrafe und auf Schließung des „am hiesigen Orte bestehenden Vereins der socialdemokratischen Arbeiterpartei.“

Die durch diesen Spruch Betroffenen haben auf die Circulirung von Rechtsmitteln verzichtet und sich auf Grund der Gesetzesbestimmung, daß das Verbot der Communication auf Wahlvereine keine Anwendung finde, in einer zu Anfang der vorigen Woche von Jacoby, Herbig und Anderen berufenen öffentlichen Versammlung durch die Begründung eines solchen Vereins eine neue Organisation gegeben. In dieser Versammlung, in welcher sich auch Dr. Jacoby mehrfach an den Verhandlungen betheiligte, wurde festgelegt, daß der neue Verein monatlich wenigstens eine Versammlung abhalten und die Mitglieder einen Monatsbeitrag von mindestens einem Silbergroschen zahlen sollen. Nachdem ein provisorischer Vorstand gewählt worden, fand eine große Zahl von Beitrags-erklärungen statt. Der Bestand des neuen Agitationsmittels, welches wahrscheinlich auch anderwärts vielfach nachgeahmt werden wird, wird natürlich davon abhängen, ob die Partei klug genug sein wird, sich factisch in den Grenzen eines Wahlvereins zu halten. Von einem Rückgange der Bewegung, wie man ihn neuerdings in Sachsen hat wahrnehmen wollen, ist hier nichts zu merken.

Der Raskönig.

Novelle von M. v. Koskowska.

(Fortsetzung.)

„Schiert Unseren nicht,“ fiel er ins Wort. „Ich rede ja von uns, wo keine Welt und kein König nichts dreinzureden hat, wenn nicht etwa die Eltern. Wie man seine Liebste heirathen und für sich allein behalten will, bleibt man ihr auch treu, Dame. Das ist eben Deutsche Art, konträr der wälschen. Drum hält ich mich nie mit einer einlassen mögen, die, sei's auch um meinetwillen, Scham und Sitte, Deutsche Scham und Sitte aus den Augen setzen mocht.“ Im Uebrigen aber hab' nochmals Dank für Eure gute Meinung und Fürsorge.“

Das war denn doch zu deutlich, um mißverstanden zu werden. Die Marquise erhob sich ungestüm. „Meinich, Ihr redet noch im Fieber, bedenkt nicht, daß Ihr Euch — um Euren Hals reden könnt. Auf einen Wink von mir, ja wenn ich nur meine Hand von Euch abziehe, seid Ihr ein Kind des Todes! Begreift Ihr nicht, daß meine Neigung verschmähen, für mich tödtliche Beleidigung ist? Daß der Mund, der dergleichen nur anzudeuten wagte, auf ewig verstummen muß?“

Ob, bläst der Wind aus dem Loche? lachte Diether mit seinem alten Uebermuth. „Nur zu, Unser eins läßt sich so leicht nicht umwehen! Da sie in maßlosem Zorn, mit ihren Drohungen fortfahren wollte richtete er sich auf und erhob seine Stimme zu wahren Donnerlauten. „Still! Wo beim Teufel ist's denn erhört, daß ein Weibsbild einem Mann etwas abzwingt und gar, daß er sie gern haben soll? Meint Ihr, mich zu schrecken? Kommt an, kommt an, mit all Eurer Macht und Heimtücke, allein oder mit Helfershelfern — ich lache Eurer. Bin, Gottlob, keins unsrer armen Weiber, die Eure guten Freunde zwingen konnten, ihren nichtswürdigen Lüste zu dienen. Und das ist eine Frau — o pui! Ihre Mutter war ein ehrliches, Deutsches Weib und sie redet unsere Sprache! — O meine Mutter und Ihr Deutschen Mädchen und Frauen alle, vergebt mir, daß ich bisher noch nicht wußte, wie hohe Ehre Ihr verdient! Wenn ich an Eine von Euch künftig nur denke,

will ich in meinem Herzen immer vor ihr auf den Knien liegen. O Du, die ich durch meinen Leichtsinns schwer fränkte —“

Die feurige Anrufung Bärbel's schnitt die Marquise schnell gefaßt, ab. „Ich meinte es ja nicht so —! Großer Gott — wie könnt Ihr denn nur denken, voraussetzen —? Diether, das hab ich nicht um Euch verdient.“

Er hatte sich unmutig auf den Sessel geworfen, murmelte:

„Nun ja, das ist ein anderer Ton! Mit einem ähnlichen schmeichelte wohl Delila, oder wie das Weibsbild hieß, dem Simson das Geheimniß seiner Mannheit ab. Gott bewahr' mich, und Du, lieb Bärbel!“

Er hatte wohl Ursache, sein Mädchen anzurufen. Die Marquise, einsehend, daß sie einen Fehler begangen, indem sie sich zur Heftigkeit hinreißen ließ, schaute vor nichts zurück, um ihn wieder zu versöhnen. Wußte sie doch, wie der junge Mann, und jeder Mann überhaupt am leichtesten umzustimmen ist. In seiner Entrüstung hatte er ihr besser, als jemals gefallen; er mußte ihr gehören! Ihre Leidenschaft, wie ihre Eitelkeit heischten es. Sie war, und sei es auch nur in ihren Augen und vor ihren Leuten, compromittirt; er durfte also nicht auf seinem Sinn beharren.

In der herzerzitternden und sinnberückendsten Weise bat sie ihn um Verzeihung, zuletzt sogar kniend. Sie rechnete auf den überwältigenden Eindruck, den die Demüthigung eines Mannes stets auf trostige Gemüther macht. Dennoch verrechnete sie sich, da sie nicht in Anschlag brachte, daß man nur beschämt und gerührt ist, wenn eine von uns geschätzte und hochgeachtete Person sich vor uns, Vergebung flehend, demüthigt, andernfalls aber Zerstückte durch seine freiwillige Erniedrigung in unserer Meinung noch viel tiefer sinkt.

Daher wies er sie um so derber, weil spottend, zurück. Ruinirt doch nicht unnütz das schöne Kleid! Ein so was von Frauenzimmern nicht gewöhnt und's sieht auch so häßlich aus, weil sich's durchaus nicht ziemt.“ Er blickte zum Fenster hinaus; sie war so bezaubernd schön, daß all sein Unwille ihn dafür nicht blind machen konnte.

Sie griff die Sache von einer andern Seite an. Die Bewohner dieser Landstriche sind alle praktische Leute, bei denen Geld und Gut eine überaus große Rolle spielt. In gänzlich veränderter Weise begann sie davon, daß sein Vatererbe verwüßt, er ein armer Mann sei, versprach ihm dann aber nicht allein Ersatz des Verlorenen, sondern Reichthum.

Er hielt stumm das Zuhören, denn die Ohren konnte er sich doch nicht verschloßen, wie es einst Ulys den Zaubertonnen der Sirenen gegenüber that, für bedenklicher, als höhnende Gegenrede. Als sie hinzufügte: „Du betrachtest die schöne fruchtbare Landschaft und kannst Herr hier werden, alles, was Du siehst, Dein Eigenthum —“ unterbrach er sie lachend: „Wenn Du niederfällst und mich anbestest! Aber der Herr sprach zum Versucher: Hebe dich weg von mir Satanas! Will die Frau Marquise mich in der Bibel überhören?“

Statt empört zu sein, fühlte sie, daß sie ihren Herrn und Meister gefunden habe; die künstliche Selbstbeherrschung schwand, ihre Leidenschaft brach voll hervor. „Um Deinetwillen wäre ich zu Allem fähig — zu Allem, Diether. Wenn eine heimliche Ehe —“

Daß Du die Kränke kriegst! brauste er mit seinem humoristischen Lieblingsfluch auf. „Sehe ich aus, wie ein heimlicher Mann, etwa an die linke Hand angetraut? Wenn ich von meiner Liebsten auch alle mögliche Schönheits-keit hinnehmen kann und will, als Ehemann meinem Weibe untergeordnet sein? Hahaha! Kurioser Einfall!“

„Vielleicht ließe sich eine Erhebung in den Adelsstand ermöglichen, Du Stotzer!“ rief die schöne Frau außer sich. „Ei ja, wegen meiner Verdienste um die Krone Frankreich!“ spottete er. „Danke für eine solche Erhebung.“

„Um den Kaiser hast Du unleugbare Verdienste — er soll Dich adeln. Das zu veranlassen ist eine Kleinigkeit und zwar nicht erst beim demnächstigen Frieden. Wir haben unsere Verbindungen in der Hofburg —“

„Aber ich will nicht, will nichts, als der Raskönig von Dürkheim bleiben! Da bin ich auf meinem Platz. Mich zum Geipött und Gelächter aller Vernünftigen als neugebackener Edelmann aufspielen? Warum nicht gar, bin kein solcher Hansnarr!“

Sie lächelte ihm zu, versicherte: er würde einen großen Herren besser vorstellen, als Mancher, der dazu geboren sei; versicherte ferner, und zwar mit ihrem glühendsten Blick, ihr Herr und Gebieter sei er unumschränkt — sie habe keinen andern Willen, als den seinen.

Nun wurde Diether angst und bange. „So muß ich denn meinen letzten Trumpf, den ich gern zurückhalten hätte, ausspielen, Frau Marquise. Wißt denn! längst hab' ich mir Eine — ein Mädchen meines Standes, erkoren: vielleicht sehe ich sie nie wieder, vielleicht ist sie schon todt, ja vielleicht macht sie sich nicht einmal was aus mir! Aber ich hänge an ihr mit ganzem Herzen, stürbe lieber, als daß ich ihr untreu würde.“

Nenee stieß einen Schrei aus und sank, wie gebrochen, auf einen Sitz. Denn verfiel sie, jedes Restes von Haltung baar, in ungestümes Weinen, rang die Hände und zerraupte ihr Haar.

(Fortsetzung folgt.)